

AKTUELL

EURO-KRISE

Sparen ist doof!

Raymond Klein

Die Konjunktur europaweit ankurbeln, so lautet die Empfehlung von Heiner Flassbeck, der hart mit der deutschen Wirtschaftspolitik ins Gericht geht. Der prominente Ökonom ist am 21. Mai in Luxemburg.

Heiner Flassbeck ist Ökonom. Und er hat die Mainstream-Ökonomen dicke, weil die am Standardmodell festhalten. „Wenn man heute die große Mehrheit aller Standard-Fakultäten auf der ganzen Welt schließen würde, gäbe es weder morgen noch in zehn oder zwanzig Jahren irgendeine negative Auswirkung zu messen außer der, dass einige Volkswirte langzeitarbeitslos sind“, schreibt er auf seinem Blog. In der griechischen Stadt Kavala hatte ihm ein Kellner erklärt, die Löhne seien so stark gesunken, dass die normalen Leute nicht mehr so oft essen gehen können - im Restaurant waren mehr Bedienstete als Gäste. „Der Kellner hat verstanden, wie eine Lohnsenkung auf die Volkswirtschaft wirkt“, stellt Flassbeck fest. Seine Kollegen, die er wenig später auf einem Kongress traf, seien leider unfähig, die Zusammenhänge zwischen Lohnmasse, Kaufkraft und Arbeitslosigkeit zu erkennen. „Das Dogma des auch diesen Bereich perfekt regelnden Marktes ist für den normalen Volkswirt einfach unüberwindbar.“

Für Flassbeck ist die Ursache der Euro-Krise nicht, dass die südlichen EU-Länder über ihre Verhältnisse gelebt haben, sondern dass innerhalb der EU eine falsche Wirtschaftspolitik betrieben wurde - für die auch die Mainstream-Ökonomen Verantwortung tragen. Die Analyse dieser Krise wird das Hauptthema seines Vortrags am 21. Mai in Luxemburg sein. Organisator ist die Arbeitnehmerkammer (Chambre des salariés, CSL), und auch in linken Kreisen dürfte ein gewisses Interesse an der Veranstaltung vorhanden sein. Immerhin hat der deutsche Volkswirt sein jüngstes Buch gemeinsam mit dem Syriza-Abgeordneten Costas Lapavistas verfasst: „Nur Deutschland kann den Euro retten“.

Täglich berichten die Medien über den Verhandlungspoker zwischen Griechenland und der Troika und spekulieren über einen Grexit und dessen Folgen für die EU. Doch für Flassbeck liegt das Problem nicht bei Griechenland, auch wenn er die Aufforderungen zum Sparen klar ablehnt. Die eigentliche Ursache liegt nach seiner Überzeugung bei Deutschland, das sich nach 2001 durch Lohndumping einen gewaltigen

Wettbewerbsvorteil verschafft habe. Bemerkenswert an Flassbecks Argumentation ist, dass er diese Politik nicht im Namen der sozialen Gerechtigkeit kritisiert, sondern auf der Grundlage einer volkswirtschaftlichen Analyse.

Dogma erledigen

Ob sich der Euro überhaupt retten lässt, scheint dem Wirtschaftswissenschaftler ungewiss. 2012 hatte er in der schweizerischen Woz einen Beitrag mit „Trennt euch!“ überschrieben: „Der Euro war zwar eine gute Idee, nur haben sie zu wenige verstanden. Normale nationale Wirtschaftspolitikern können einfach nicht im Rahmen einer internationalen Währungsunion denken, und die europäischen Verantwortlichen sind an der eigenen Wirtschafts-ideologie gescheitert.“ Ein Grund für seine damalige Empfehlung, die Währungsunion aufzulösen, war, dass die Angriffe „engstirniger deutscher ProvinzpolitikerInnen“ und die Reaktionen darauf alte Ressentiments weckten und neue Feindschaft erzeugten.

Mittlerweile plädiert Flassbeck, ganz im Sinne seiner Krisendiagnose, dafür, dass Deutschland mittels massiver Lohnerhöhungen der Wettbewerbsfähigkeit Rest-Europas auf die Sprünge hilft. Zeitweilig würde die Bundesrepublik dabei über dem Inflationsziel von zwei Prozent liegen, eine Pille, die für deutsche Wirtschaftspolitikern natürlich schwer zu schlucken wäre. Das Rezept dürfte übrigens auch für Luxemburg gelten, dessen Wettbewerbsfähigkeit - aus anderen Gründen - überdurchschnittlich hoch ist.

Von Flassbecks Vortrag darf man eine detaillierte Darlegung seiner Analyse erwarten, spätestens in der anschließenden Diskussion werden aber wohl auch die jüngsten politischen Entwicklungen angesprochen werden: Was bedeutet die sich ankündigende Unterwerfung der griechischen Regierung? Wie stehen die Chancen für ein Umdenken in Deutschland und in anderen Ländern? Und: Welche Folgen hat der Wahlsieg David Camerons für die Ausrichtung der EU-Wirtschaftspolitik?

„Eurokrise: die unendliche Geschichte?“, am Donnerstag 21. Mai um 18:30 Uhr im Hôtel Parc Belle-vue, 5, avenue Marie-Thérèse, Luxemburg-Stadt
www.flassbeck-economics.de

SHORT NEWS

Gramegna will Steuer-KritikerInnen treffen

(lc) - Die Aktion des internationalen Netzwerkes Eurodad vor der Luxemburger Botschaft in Kopenhagen am vergangenen Donnerstag (woxx 1318) trägt erste Früchte: Nachdem der Botschafter den bei dieser Gelegenheit überreichten offenen Brief an seine Heimatregierung weitergeleitet hatte, erklärte sich Finanzminister Gramegna bereit, am 2. Juni internationale und nationale SteuerkritikerInnen zu treffen, obwohl er so etwas bislang „aus Termingründen“ immer wieder ausgeschlagen hatte. In dem Brief hatten sich die TeilnehmerInnen eines internationalen Kongresses in Kopenhagen für die Whistleblower des Luxleaks-Skandals stark gemacht. Statt diese zu verfolgen sollte Luxemburg seinen Beitrag zu mehr Transparenz in Steuerfragen leisten. Am 2. Juni findet eine vom Cercle, Etika und Gréng Stéftung organisierte Table Ronde zum Thema „Illicit Financial Flows: Out of Africa into the Wild“ statt, bei der die Steuerflucht und ihre Konsequenzen für die Entwicklungsländer diskutiert werden. Bereits am kommenden Montag stattet das „Taxe Committee“ des Europaparlaments Luxemburg einen Besuch ab und wird neben dem Finanzminister, der zuständigen parlamentarischen Kommission auch eine Experten-Runde treffen - zu der auch VertreterInnen der Zivilgesellschaft zugelassen sind. Allerdings finden die Gespräche „à huis clos“ statt. Bei der anschließenden Pressekonferenz wird nur der Vorsitzende der Delegation Rede und Antwort stehen.

Dumping social : l'OGBL internationalise

(lc) - Dans une conférence de presse qui n'a pas suscité l'attention de la majorité des médias, l'OGBL a annoncé, vendredi dernier, des actions contre le dumping social - un fléau symptomatique de l'austérité. Pour mieux appréhender le problème, le syndicat luxembourgeois a fait appel à ses collègues de la Confédération générale des travailleurs portugais (CGTP), le plus grand syndicat lusitanien, avec lequel il travaille depuis 1992. Ainsi, un bureau de liaison va être installé entre les deux organisations et des réunions d'information vont être tenues au Portugal comme au Luxembourg pour informer les travailleurs migrants sur leurs droits qui ne sont souvent pas respectés. Jean-Luc De Matteis, de l'OGBL, a évoqué des scénarios où des travailleurs détachés ne sont pas payés au tarif du pays dans lequel ils travaillent, et cela dans des conditions souvent insalubres - sans que l'Inspection du travail et des mines (ITM) y trouve grand-chose à redire. Les deux syndicats espèrent que la présidence européenne assurée par le Luxembourg va faire avancer le dossier et ont annoncé une grande conférence syndicale en automne - histoire de mettre un peu de pression.

Abdou Sané est libre

(da) - Finalement, la mobilisation des associations et de nombreux citoyens à travers une pétition en ligne et des appels à la solidarité a porté ses fruits : Abdou Sané, citoyen sénégalais au Luxembourg depuis 2011, n'a pas été expulsé vendredi passé (woxx 1318). Au contraire, il a été libéré du centre de rétention du Findel. Le tribunal avait ordonné sa libération et jugé sa détention - longue de onze jours - arbitraire. Au cours de la journée de vendredi, Abdou Sané avait un rendez-vous au ministère des Affaires étrangères. Il devra quand même partir pour le Sénégal, mais pourra, une fois là-bas, tout de suite faire une demande d'obtention d'un permis de séjour et de travail. L'interdiction de revenir sur le territoire luxembourgeois pendant trois ans, qui accompagne normalement une expulsion, a été annulée par le ministère. Une petite victoire pour la société civile donc, qui montre que ni les expulsions, ni la détention ne sont une fatalité et que les lignes peuvent bouger. Aux associations maintenant de maintenir la pression - Abdou Sané n'était pas le premier et ne sera certainement pas le dernier.